

# Kampf gegen den Schießstand geht weiter

## Kreis sieht keinen Handlungsbedarf – Warder klagt gegen Ablehnung der Stilllegung

**Warder.** Was die Sanierung und den weiteren Betrieb des Schießstandes Warder angeht, sieht die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde derzeit keinen Handlungsbedarf. Das geht aus einem Bericht zum Verfahrensstand bei den Schießständen in Rendsburg-Eckernförde hervor, den am Donnerstag der Umwelt-, Verkehrs- und Bauausschuss des Kreises zur Kenntnis nahm.

Die Gemeinde Warder und eine Bürgerinitiative kämpfen seit Jahren gegen den Schießbetrieb auf dem Wurfscheibenstand, der für die benachbarten Wohngebiete eine Lärmbelästigung darstellt und die Flächen in Schießrichtung mit Blei belastet. Wie Birgit Kulgemeyer, Leiterin des Kreisbauamtes, auf Anfrage erläuterte,

seien dem Betreiber in der Vergangenheit schon einige Beschränkungen wie Teilstilllegungen, Nutzungseinschränkungen und die Aufstellung von Warnschildern auferlegt worden. Zurzeit beschränke sich das Verfahren auf Messungen und Beobachtungen auf den belasteten Flächen.

Die Aussage vom fehlenden Handlungsbedarf kann Jürgen Lucht, Bürgermeister von Warder, nicht nachvollziehen. Die Gemeinde hatte beim Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) die Stilllegung des Schießstandes beantragt und klagt nun gegen die Ablehnung. Die Klageschrift sei „gerade jetzt“ beim Verwaltungsgericht Schleswig eingereicht worden, sagte Lucht gestern. Mit

der Verhandlung rechnet er in der ersten Hälfte 2012.

„Ich bin vom Verhalten des LLUR schwer enttäuscht“, kommentierte er die Ablehnung des Gemeindeantrages. Es sei festgestellt worden, dass das Gelände in der alten Schießrichtung mit Blei verseucht sei. Wann das auch in der neuen Schießrichtung gelte, sei doch nur eine Frage der Zeit. „Das kann man doch nicht sehenden Auges zulassen“, schimpfte er.

Die Bürgerinitiative will ihre Aktivitäten im Frühjahr wieder verstärken, kündigte deren Vorsitzender Eckhard Helmbold an. Weil dann Wahlkampf für die Landtagswahl herrsche, seien die Politiker für die Sorgen der Bürger vielleicht empfänglicher. ög